

## Entwicklungen & Trends 2019

### Witterung, Bodennutzung, Tierhaltung, Einkommen

von Onno Poppinga

#### Wetter und anderes mehr

Trockenheit und Hitze, die seit Anfang Mai 2018 in großen Teilen Deutschlands herrschten, hielten bis in den November an. Silomais musste vielfach schon Anfang August gehäckselt werden, da die Pflanzen vertrockneten. Wer seine Kühe und Rinder auf der Weide hielt, musste Raufutter zugeben, im Stall oder auf der Weide. Wohl dem, der Futterreserven hatte! Dagegen blieb der allseits erwartete Rückgang der Milcherzeugung viele Monate aus. Die schlechten Milchauszahlungspreise, der Verfall der Rindfleischpreise, die Sorge um die Liquidität des Betriebes führten dazu, unbedingt an hohen Milchleistungen festzuhalten. Grundfutter wurde zugekauft, quer durch die Republik und aus dem benachbarten Ausland. Die Preise für Grassilage und Heuballen lagen um rund 50 Prozent über dem gewohnten Niveau. Es gab aber auch Überraschungen: Obwohl die Bestellarbeiten für Wintergetreide im Herbst bei überaus trockenem Boden erfolgen mussten, war der Aufgang der Saaten (fast) überall erstaunlich »normal«. Keimfähigkeit und Vitalität des Saatguts sind schon erstaunlich hoch. Ähnlich überlebensfähig zeigte sich auch das Grünland. Vielfach war angesichts der braunen Flächen die Vermutung geäußert worden, vieles müsste umgebrochen und neu angesät werden. Erfreulicherweise war das aber nicht so – mit Ausnahme von Ackerflächen, auf denen Gras zur Saatgutvermehrung angebaut worden war.

Der Winter erfreute dann durchaus mit reichlich Niederschlägen (wenn auch mit wenig Schnee). Diese reichten aber nach der Trockenheit des Vorjahres bei Weitem nicht aus für die erforderlichen Versickerungsmengen in tiefere Bodenschichten. Es war denn auch wohl vor allem diese fehlende Feuchtigkeit im Unterboden, die 2019 in einem bisher unbekanntem Umfang den Wäldern zusetzte. Hier kam einiges zusammen: Wassermangel, Stürme mit viel Windwurf, Borkenkäfer, zu hohe Einträge an Stickstoff (NO<sub>x</sub>), Grundwasserabpumpen für den weiter steigenden Wasserbedarf in Städten und Industrie und eine falsche Forstpolitik. Hektarweise abgestorbene Fichten, vereinzelt aber auch Buchen und Eichen – jammervoll, nicht nur für Förster und Waldbauern.

Im Gegensatz zu 2018 setzten trockene und heiße Wochen 2019 erst Anfang Juni ein. Silo- und Heugewinnung waren leicht zu bewerkstelligen und es konnten zumindest gut durchschnittliche Mengen geworben werden. Die Regionen mit dann deutlich zu wenig Wasser waren in etwa die gleichen wie 2018: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und nördliche Teile im Münsterland. Weil die Trockenheit später

**Trotz Trockenheit:  
Saat für Wintergetreide  
geht erstaunlich  
gut auf**

**Trockenheit  
setzt dem Wald zu**

einsetzte als im Vorjahr, waren die Getreide- und auch die Kartoffelernte gut, teilweise auch überdurchschnittlich gut. Auch bei Silomais gab es, abgesehen von den Zentren der Trockenheit, zum Teil sehr gute entwickelte Bestände.

Ernte- und Bestellarbeiten 2019 verliefen angesichts trockener Witterung und leistungsfähiger Technik sehr zügig, bis dann Mitte September eine Regenperiode einsetzte. Die Bestellarbeiten für die Wintergetreideaussaat zogen sich hin, erfolgten zum Teil auf reichlich nassen Flächen.

**Neue Regenperiode  
bringt Tiere noch  
einmal auf die Weide**

Da die Regenperiode begleitet war von Temperaturen um 15 bis 20 Grad Celsius, setzte vielerorts ein erneuter Graswuchs ein. Tiere, die schon in den Stall gebracht worden waren, durften noch mal auf die Weide. vielerorts konnte Ende September sogar noch mal ein Siloschnitt gemacht werden. Die Trockenheit hatte reichlich Nährstoffe im Boden zurückgelassen, die sich nun bemerkbar machten. Auffällig waren im Frühjahr 2019 vielerorts die blühenden Ackerrandstreifen als »Greening-Maßnahme«.

Die zahlreichen Silomaisflächen sorgen nun schon seit Jahren für sehr hohe Bestände an Schwarzwild. Die Wühlschäden am Grünland – aber auch im Getreide und Raps – führten daher nicht selten zu Konflikten zwischen Jagdpächtern und Landwirten.

**Debatte über  
»Dürrehilfe«**

Als im Spätsommer 2018 die Folgen der Trockenheit immer deutlicher geworden waren, begann die Debatte über die »Dürrehilfe«. Der Bauerverband lancierte die Forderung »Eine Milliarde Euro«, und scheiterte damit grandios. Die Bundeslandwirtschaftsministerin verkoppelte die Dürrehilfe flugs mit der Forderung nach »Prüfung der Bedürftigkeit«. Unterstützung sollte es nur geben für Betriebe, die erhebliche Trockenschäden (nachweisbar durch Ertragsvergleiche dreier Vorjahre) und eine dadurch verursachte existenzielle Gefährdung des Betriebes nachweisen konnten (letzteres durch Heranziehen von drei Buchführungsabschlüssen und Offenlegung sämtlicher sonstiger Einkünfte und verwertbarer Vermögensbestandteile). Nach einer Meldung des Bundeslandwirtschaftsministeriums vom August 2019 wurden bis zum 31. Juli 2019 an 6.949 Antragsteller insgesamt 228 Millionen Euro ausbezahlt.

Die erneuten Trockenschäden 2019 führten aber nicht zu einer erneuten »Dürrehilfe« für die Landwirte (ein Teil der Anträge aus 2018 war auch noch gar nicht abschließend bearbeitet). Dagegen wurde die Beseitigung der Schäden in den Wäldern von der Bundeslandwirtschaftsministerin in den Rang einer »nationalen Aufgabe« erhoben. Wie selbstverständlich tauchte hier die Bedingung einer »Bedürftigkeitsprüfung« nicht mehr auf. Gründe dafür könnten sein:

- der größere Teil der Wälder ist in Eigentum der Länder und Kommunen;
- die Verwaltung hätte dann je im Fall einer Antragstellung auch von Großwaldbesitzern wie den Fürsten v. Thurn und Taxis, v. Bismarck und v. Reuß eine »Bedürftigkeitsprüfung« verlangen müssen. Und da würde eher die Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert sein müssen, bevor so etwas vorstellbar wäre ...

### **Arbeitskräfte in der Landwirtschaft**

**Tierhaltung und  
Sonderkulturen machen  
den Unterschied**

Leider stammen die letzten Zahlen zu Arbeitskräften in der Landwirtschaft aus der Agrarstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes von 2016 (Tab. 1).<sup>1</sup> Sie verweisen darauf, dass die bei Weitem größte Zahl an Arbeitskräften in Betrieben arbeiten, die zwischen 20 bis 50 bzw. 50 bis 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) bewirtschaften. Wenn man über die Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor redet, als wichtigen Bestandteil des ländlichen Raumes, dann redet man vor allem über diese Betriebe. Es sind die Tierhaltung und in manchen Regionen die Sonderkulturen, die die großen Unterschiede bei den Arbeitskräften pro Betrieb ausmachen!

Bei einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich, dass der Anteil der Familienarbeitskräfte leicht zurückgeht, der Anteil der angestellten Arbeitskräfte dagegen leicht ansteigt. Wenn auch bei den flächenstarken Betrieben (200 Hektar LF und mehr) der Anteil der angestellten Arbeitskräfte deutlich überwiegt, so sind bei den absoluten Zahlen auch für die angestellten Arbeitskräfte die kleinen und mittleren Betriebe (nach Fläche) die wichtigsten Arbeitsorte.

**Tab. 1: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft (nach Flächenumfang der Betriebe) (2016)<sup>2</sup>**

	Betriebe in 1.000	Arbeitskräfte in 1.000	Arbeitsleistung in 1.000 Arbeitseinheiten	Arbeitskräfte je 100 Hektar
unter 5 Hektar	24	85	42	100
5–10	44	94	36	11,0
10–20	57	132	60	7,0
20–50	66	187	101	4,5
50–100	48	157	93	2,7
100–200	24	122	65	2,0
200–500	8,5	80	37	1,5
500–1.000	2,2	31	19	1,2
1.000 und mehr	1,5	52	39	1,6
<i>insgesamt</i>	<i>275</i>	<i>940</i>	<i>492</i>	<i>2,9</i>

**Tab. 2: Familienarbeitskräfte und angestellte Arbeitskräfte (2016)**

	Familienarbeitskräfte in 1.000	Angestellte Arbeitskräfte (in 1.000) ständig	saisonal
unter 5 Hektar	34	28	23
5–10	68	10	16
10–20	93	13	26
20–50	117	22	49
50–100	85	27	45
100–200	40	29	54
200–500	11	22	47
500–1.000	1,1	17	13
1.000 und mehr	0,2	37	14
<i>insgesamt</i>	<i>449</i>	<i>205</i>	<i>287</i>

Seit dem 1. Januar 2019 erhöhte sich der Mindestlohn in der Landwirtschaft um vier Prozent auf 9,19 Euro pro Stunde. Er ist insgesamt für die Entlohnung der Angestellten in der Landwirtschaft von großer Bedeutung, insbesondere aber für die Saisonarbeitskräfte und für die ostdeutschen Bundesländer.<sup>3</sup> 2020 soll der Mindestlohn dann auf 9,35 Euro steigen.

Reflexartig wurde diese Erhöhung des Mindestlohns kritisiert, unter anderem vom Bayerischen Bauernverband, der »schwerwiegende Wettbewerbsnachteile« und eine »Existenzgefahr für die Landwirte« konstatierte. Wäre es nicht ehrlicher gewesen, wenn man dafür eintritt, dass sich die Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft und der Wirtschaft in ländlich geprägten Regionen verbessern sollen, dass man nicht nur ein besseres Einkommen für die Landwirte fordert, sondern sich auch für bessere Entlohnung der Angestellten in der Landwirtschaft einsetzt?!

Angaben über die gezahlten Löhne in der Landwirtschaft lassen sich nur indirekt gewinnen. Zwar gibt es überall Tarifvereinbarungen, aber es ist gänzlich unbekannt, wie viele Menschen danach tatsächlich entlohnt werden. Eine mögliche Quelle für die Ermittlung der gezahlten Löhne sind die Testbetriebe. Allerdings orientiert sich bei ihnen die Auswahl bei der Frage der Repräsentativität nach dem Gewinn der landwirtschaftlichen Betriebe; es kann deshalb sein, dass damit die Verhältnisse bei der Entlohnung der Angestellten in der Landwirtschaft nicht wirklich repräsentativ abgebildet werden.

Angaben zum Personalaufwand gibt es für alle Betriebsformen. Für die Einzelunternehmen sind die Angaben der Arbeitskräfte zu ungenau, um davon Aussagen über die Entlohnung abzuleiten. Betrachtet man den Personalaufwand in den Betrieben in der Rechtsform Juris-

**Minimale Erhöhung  
des Mindestlohns  
... angeblich  
»existenzgefährdend«**

tische Personen, so ergibt sich für den Durchschnitt aller Betriebe ein Wert von 31.312 Euro<sup>4</sup> für das Wirtschaftsjahr 2017/18. Diese Zahl ist als Brutto-Brutto zu verstehen, weil sie auch die Aufwendungen des Arbeitgebers zur Sozialversicherung enthält. Deutlich über diesen Durchschnitt liegt nur die Brutto-Brutto-Vergütung für die Angestellten in Ackerbaubetrieben.

Der Personalaufwand beinhaltet auch die Vergütung der Angestellten mit Leitungsfunktionen. Über deren Höhe und eventueller Differenziertheit gibt es keine Untersuchungen. Aussagen in persönlichen Gesprächen vermitteln folgende Eindrücke:

**Vergütung  
von Angestellten mit  
Leitungsfunktion**

- Vor allem in Agrargenossenschaften kann das Einkommen des Vorsitzenden so niedrig sein, dass neu eingestellte Mitarbeiter mit Hochschulabschluss (die für die Weiterführung des Betriebes als wichtig angesehen werden) besser bezahlt werden als die Leitung.
- Vor allem bei »Herdenmanagern« in den sehr großen Milchviehbetrieben werden häufig, bei entsprechend nachgewiesener Qualifikation, weit überdurchschnittliche Löhne gezahlt.
- Es gibt wegen der ungünstigen Gewinnentwicklung in vielen Betrieben die Tendenz, Mitarbeiter des Stammpersonals zu entlassen und durch schlechter bezahlte Arbeitskräfte zu ersetzen, die dann meist aus Osteuropa stammen.
- Zahlreiche landwirtschaftliche Unternehmen gehen davon aus, dass sie nicht an Tarifverträge gebunden seien, weil sie keinem landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband angehören. Tatsächlich ist es aber so, dass in fast allen Bundesländern der Landesbauernverband zugleich Arbeitgeberverband ist. Da der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Landwirtschaft sehr niedrig ist, bleibt ein Nichteinhalten der Tarifvereinbarungen aber ohne Folgen.

**Bodennutzung und Bodenpreise**

Es gibt wissenschaftliche Arbeiten, auf deren Fertigstellung man lange warten muss, die dann nach ihrem Erscheinen aber wirklich beachtet werden sollten. Die groß angelegte Untersuchung einer Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen *Landwirtschaftlich genutzte Böden in Deutschland – Ergebnisse der Bodenzustandserhebung* gehört dazu.<sup>5</sup>

*Bodennutzung und Humus*

Durch Auswertung von 3.104 Bodenprobungspunkten (Raster über ganz Deutschland von acht mal acht Kilometer) mit einer Untersuchungstiefe von 0 bis 100 Zentimeter wurden wichtige Kenngrößen zu Bodeneigenschaften und zur Bodenfruchtbarkeit gewonnen. Daneben wurden durch historisch weit zurückreichende Betrachtungen die vielfältigen Wirkungen einer Umnutzung von Böden aufgezeigt. Nur ein Beispiel: Bei Neueinsaat von Grünland und Nutzung als Dauergrünland dauert es etwa 100 Jahre, bis der für Grünland charakteristisch hohe Humusgehalt aufgebaut ist. Dagegen dauert es nur 20 Jahre, bis nach Umbruch von Grünland sich das viel niedrigere Niveau von Ackerland einpendelt.

**Neuansaat braucht  
100 Jahre für  
Humusgehalt von  
Dauergrünland**

Für die aktuelle Diskussion um Klimaveränderung besonders wichtig sind die folgenden Ergebnisse. Im Mittel aller Untersuchungen lag der Vorrat an organischem Kohlenstoff im Boden bei:

- |                              |                   |
|------------------------------|-------------------|
| ■ Ackernutzung               | 101 Tonnen/Hektar |
| ■ Waldboden                  | 100 Tonnen/Hektar |
| ■ Waldböden mit Streuauflage | 119 Tonnen/Hektar |
| ■ Dauergrünland              | 200 Tonnen/Hektar |

Hier zeigt sich also die besonders große Bedeutung des Grünlandes für den Humusgehalt! Die Spannweite des Vorrats an organischem Kohlenstoff reicht dabei von weniger als 30 Tonnen pro Hektar bei flachgründigen und sehr sandigen Böden bis über 500 Tonnen pro Hektar bei Moor- und moorähnlichen Böden. Neben den standorttypischen Eigenschaften und der Bodenfeuchte ist es vor allem die Nutzung der Böden, die den Bodenvorrat an organischem Kohlenstoff auf- oder abbaut. Hier haben Landwirte große Wirkungsmöglichkeiten (siehe auch den Beitrag von Christian Schüler).

In der ackerbaulichen Praxis gibt es sehr unterschiedliche Strömungen. Unverändert stark ist die Tendenz, mit intensivem Einsatz von Produktionshilfsmitteln möglichst hohe Erträge anzustreben. Dazu gehören regelmäßiges tiefes Pflügen ebenso wie Gülleausbringung vor allem nach dem Gesichtspunkt »Wie viel ist noch erlaubt«. Dagegen gibt es aber auch ein intensives Interesse zahlreicher Ackerbauern, durch besseres Verständnis der bodenbiologischen Prozesse mit nur noch wenigen, aber gezielten Eingriffen stabile Bestände mit gutem Ertragsniveau aufzubauen. In den entsprechenden Foren<sup>6</sup> treffen sich interessanterweise sowohl konventionelle Landwirte, die sich für *regenerativen Ackerbau* begeistern, wie auch Ökobetriebe, die Kenntnisse und Verfahren eines *kreislaufforientierten Ackerbaus* erneuern wollen. Für beide Gruppierungen spielt ein sparsamer Einsatz der Produktionshilfsmittel einschließlich der Energie eine wichtige Rolle. Ein Beitrag in einem landwirtschaftlichen Wochenblatt, der über dieses Interesse bei Landwirten berichtete, trug die passende Überschrift »Wiedergeburt des Ackerbaus«.

»Wiedergeburt  
des Ackerbaus«

Für die ackerbaulichen Praktiker in der Ökolandwirtschaft gibt es die durchaus bedauerliche Tendenz, dass immer mehr Betriebe ohne Vieh wirtschaften. Dadurch fehlen nicht nur Stallmist und Gülle zur Förderung des Bodenlebens. Durch den Rückgang der Bedeutung der Futterleguminosen vermindert sich auch deren wichtige positive Wirkung auf die Beikrautregulierung. Als Folge ist eine Intensivierung der Bodenbearbeitung mit Grubber

Christian Schüler

### Bodenlos

Anmerkungen zur Humusversorgung der Böden in Deutschland

Unter einiger medialer Aufmerksamkeit hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) Ende letzten Jahres die Ergebnisse einer aufwendigen Arbeit des Thünen-Instituts zum Thema Humus in landwirtschaftlich genutzten Böden Deutschlands veröffentlicht.<sup>1</sup> Der Bericht enthält eine Reihe bemerkenswerter Erkenntnisse. Sie bestätigen allerdings in weiten Teilen den Stand des Wissens aus vielen vorangegangenen Untersuchungen zu dem bedenklichen Abwärtstrend der Humusgehalte in Ackerböden. Dass diese Befürchtungen keineswegs neu sind, zeigt ein erstaunliches Zitat vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl aus dem Jahr 1985. Anlässlich der Beauftragung des ersten Bundes-Bodenschutzgesetzes der Bundesrepublik sagte er:

»Bodenfruchtbarkeit und Bodengesundheit sind zwei grundlegende Voraussetzungen menschlicher Existenz auf unserer Erde. Beides auf Dauer zu gewährleisten ist eine weltweite Aufgabe. Nur wenn die Bodenvoraussetzungen für ein optimales Pflanzenwachstum erhalten bleiben und wenn die Fruchtbarkeit der Böden in vielen Gebieten auch noch gesteigert wird, kann die in den kommenden Jahrzehnten weiter wachsende Weltbevölkerung ernährt werden.«<sup>2</sup>

Diese Gesetzesinitiative war eine Reaktion auf das im gleichen Jahr erschienene Sondergutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen über *Umweltprobleme der Landwirtschaft*.<sup>3</sup> Dabei wurde, neben vielen anderen Themen, auch auf die kritische Situation der Bodenfruchtbarkeit eingegangen. Die folgende Tabelle 1 gibt einen Eindruck über die langen Zeiträume, in denen es der

Regierung danach nicht gelungen ist, wirksame gesetzliche Rahmenbedingungen für Bodenschutz und Bodenfruchtbarkeit zu schaffen. In ihrem Buch *Nachhaltiges Landmanagement*<sup>4</sup> beschreiben Wolfgang Haber und Walter Bückmann, dass ein wesentlicher Grund dafür in den jahrelangen massiven Einwänden vom Deutschen Bauernverband und der Agrarindustrie liegt. Diese haben vor allem die Fragen der Umsetzung und Anwendung sowohl im Gesetzgebungsverfahren als auch bei den Inhalten des Gesetzes über Lobbyarbeit im Parlament verhindert und verzögert.

Der wesentliche Teil der Arbeit des jetzt vorliegenden Thünen-Reportes besteht in einer ausgedehnten Zustandserhebung landwirtschaftlich genutzter Böden und damit einer repräsentativen Inventur der organischen Kohlenstoffvorräte. Zu einer Abschätzung der Kohlenstoffinventur wurden sowohl die Historie der Bewirtschaftungsgeschichte der beprobten Flächen als auch Ergebnisse langjähriger Feldversuche und fünf verschiedener Bodenkohlenstoffmodelle herangezogen. Die daraus resultierende Prognose besagt,

- dass in den kommenden zehn Jahren bei gleichbleibender Bewirtschaftung in der relevanten oberen Bodenschicht von Ackerböden (30 cm) etwa 0,21 Tonnen organischer Kohlenstoff verloren gehen;
- dass der Osten des Landes stärker betroffen sein wird vom Humusrückgang, da es hier bis in die 1990er-Jahre eine wesentlich stärkere Tierhaltung in der ▶

oder Scheibenegge nach der Ernte zu beobachten, um der Beikräuter »Herr zu werden«. Das fördert durchaus die Möglichkeit der gerade für Biobetriebe verhängnisvollen Stickstoffverluste durch Auswaschung. Um die wichtige Quelle Klee gras als Stickstofflieferant gezielter als bisher einzusetzen zu können, experimentieren inzwischen zahlreiche viehlose Betriebe mit der Herstellung von Klee grassilagen, die dann gezielt zu Kulturen ausgebracht werden.

Eine durchaus große Zahl von Ackerbaubetrieben – konventionelle wie ökologische – versuchen, die Erhaltung organischer Substanz im Boden durch Einsatz von »Biokompost« zu erreichen (nur bei Demeter-Betrieben ist das untersagt). Obwohl diese Komposte in der Regel zertifiziert sind, liegt darin die große Gefahr einer Bumerangwirkung. Diese könnte eintreten nicht nur über die vielen (klein geschredderten) Plastikteile im städtischen Kompost, sondern auch durch Mikro- und Nanoplastikteile sowie durch einen ganzen Cocktail an chemischen Substanzen (z. B. Druckfarben, wenn Reststoffe statt in einer Plastiktüte in Zeitungspapier eingewickelt in die Tonne gegeben werden).<sup>7</sup>

Hierzu sei ein Blick nach Österreich gestattet. Dort ist es in manchen Regionen über eine andere Organisation bei der Verwertung organischer Abfälle gelungen, die Qualität der Komposte deutlich zu verbessern. Örtliche Sammelstellen – in der Regel ein Bauer oder Gärtner – nehmen die organischen Reststoffe an. Der dadurch gegebene direkte soziale Kontakt verhindert weitgehend die sonst üblichen Belastungen.

**Fragwürdig:  
Biokompost zum Erhalt  
organischer Substanz  
im Boden**

Fläche mit feldfutterbetonten Fruchtfolgen gegeben hatte. Die Humusbilanz war damals ausgeglichen. Wegen der höheren Ausgangswerte geht hier der Abbau im Humusgehalt nun schneller voran.

Eine bemerkenswerte Absage an die Hoffnung einer Humusakkumulation erteilt der Bericht dem Konzept der konservierenden Bodenbearbeitung. Solche Verfahren führten, so die Wissenschaftler, lediglich zu einer Humusanreicherung in den obersten Zentimetern des Bodens, aber in der Folge zu Humusverlusten in den darunter liegenden Bodenschichten.

Im Thünen-Report werden allerdings einige Maßnahmen zur Steigerung der Humusreproduktion genannt, die weitergehender sind als viele Vorschläge der Vergangenheit aus der Ressortforschung oder dem BMEL selbst. Eine Erhöhung der Humusvorräte könne erreicht werden, so der Thünen-Bericht, unter anderem durch die Rückführung von Ernteresten, den Anbau mehrjähriger Kulturen (hier vor allem Klee gras und Luzerne), organische

Düngung und die Anlage bzw. den Erhalt von Hecken und Feldgehölzen. Speziell zur organischen Düngung heißt es:

*»Organische Düngung, insbesondere von Stallmist und Kompost, kann wesentlich zum Aufbau von Humus beitragen mit langfristig 2 bis 22 t ha<sup>-1</sup> mehr Kohlenstoff im Vergleich zu Ackerböden ohne organische Düngung. Die Verfügbarkeit dieser Dünger ist jedoch regional sehr unterschiedlich. Sie konzentriert sich auf Gegenden mit Nutztierhaltung. Nur rund 70 Prozent der Äcker in Deutschland werden mit organischen Düngern versorgt.«*

An anderer Stelle des Reportes wird auf die große Bedeutung des Erhalts von Dauergrünland aufmerksam gemacht, weil hier die Böden im Mittel höhere Humusvorräte als unter Ackernutzung zeigen. Die Autoren gehen sogar noch weiter:

*»Auch die gezielte Umwandlung von Acker in Dauergrünland, beispielsweise als Maßnahme für den Gewässer- und Erosionsschutz, kann durch Humusaufbau einen zusätzlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten.«* ▶

**Tabelle 1: Initiativen und Gesetzgebungen zum Bodenschutz**

1985	Sondergutachten Umweltprobleme der Landwirtschaft	Rat von Sachverständigen für Umweltfragen
1999	Bundes-Bodenschutzgesetz	Bundesregierung
2002	Erster Bodenschutzbericht	Bundesregierung
2002	Denkschrift »Ohne Boden – bodenlos«	Wissenschaftlicher Beirat Bodenschutz beim BMU
2009	Zweiter Bodenschutzbericht	Bundesregierung
2013	Dritter Bodenschutzbericht	Bundesregierung
2015	30 Jahre SRU-Sondergutachten »Umweltprobleme der Landwirtschaft« – eine Bilanz	Umweltbundesamt
2017	Vierter Bodenschutzbericht	Bundesregierung
2018	Landwirtschaftlich genutzte Böden in Deutschland – Ergebnisse der Bodenzustandserhebung (Thünen Report 64)	Thünen-Institut

### Flächennutzung

Bei der Flächennutzung sind im Vergleich der Jahre 2016 bis 2019 folgende Veränderungen beobachtbar: Über 20.000 Hektar gehen jedes Jahr der landwirtschaftlichen Nutzung verloren durch Siedlungsmaßnahmen, Verkehrsflächen, Ausgleichsmaßnahmen (ohne neue Naturschutzflächen, ohne Photovoltaik, ohne Umwandlung in Forstflächen).<sup>8</sup> Es ist längst an der Zeit, dass es auch hier heißen sollte: »Ende Gelände«.

- Mit 11,8 Millionen Hektar hat der Ackerbau einen Anteil von 71 Prozent an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Der Grünlandanteil hat mit 4,8 Millionen Hektar (nur noch) einen Anteil von 29 Prozent.
- Weizen hat mit fast 50 Prozent unverändert den größten Anteil an allen Getreidearten (Sommer- und Wintergetreide).
- Der Anbau von Roggen und Gerste hat – im Vergleich zum Vorjahr – um etwa 100.000 Hektar zugenommen.
- Die Körnerleguminosen haben durch das »Greening« leicht gewonnen, haben aber mit 1,7 Prozent an der gesamten Ackerfläche gleichwohl nur einen geringen Anteil.
- Der Anbauanteil der Ölfrüchte – im Wesentlichen handelt es sich dabei um Winterraps – ging um 26 Prozent (auf 334.000 Hektar) zurück! Dafür dürfte vor allem die Trockenheit

**Verluste:  
20.000 Hektar  
jährlich durch  
Siedlungsmaßnahmen**

Beides sind Hinweise auf die Etablierung abgestimmter Nutzungssysteme für eine nachhaltigere bis hin zu ökologischer Bewirtschaftung.

Leider bleibt es bei der Feststellung ohne weitergehende Schlussfolgerungen oder konkrete Handlungsempfehlungen. So kann eine Umsetzung dieser Vorstellungen nur dann gelingen, wenn es z. B. wieder zu einer Tierhaltung in der Fläche kommt, die sicher stellt, dass Feldfutter und Grünlanderträge über Wiederkäuer verwertet werden. Eine besondere Bedeutung müssen dabei Strohhaltungsverfahren haben wegen des oben erwähnten großen positiven Einflusses von Stallmist und Kompost auf den Humusgehalt.

Dabei kann es konsequenterweise nicht nur um einzelne Bausteine einer Ackerbaustrategie gehen, wie sie das BMEL im Herbst 2019 vorlegen will. Notwendig ist der Einstieg in eine zukunftstaugliche Agrarwende mit dem Blick auf Nutzungssysteme. Die Vorschläge der letzten Zeit aber – ob sie nun aus dem BMEL, dem Zentrallausschuss der Deutschen Landwirtschaft oder der DLG stammen<sup>5</sup> – legen stattdessen ihr Hauptaugenmerk auf Digitalisierung, *smart farming* und Gentechnik.

Eine gründliche Kritik dazu bietet die Arbeit von Anita Idel und Andrea Beste *Vom Mythos der klimasmarten Landwirtschaft – oder warum weniger vom schlechten nicht gut ist*.<sup>6</sup> Den größten konkreten Schritt für einen Einstieg in einen Systemwechsel der Landwirtschaft macht die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) mit ihrem »Vorschlag für eine gerechte EU-Agrarpolitik nach 2020«.<sup>7</sup> Hier werden die Arbeit bäuerlicher Betriebe (nicht nur, aber auch im Hinblick auf Humusreproduktion) und die finanziellen Herausforderungen dafür verbunden mit einer Förderpolitik, die die eingesetzten Steuergelder konsequent an die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft knüpft.

### Anmerkungen

- 1 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (Hrsg.): Landwirtschaftlich genutzte Böden in Deutschland – Ergebnisse der Bodenzustandserhebung (Thünen-Report Nr. 64). Braunschweig 2018.
- 2 Deutscher Bundestag, Drucksache 10/3613 (1985).
- 3 Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltprobleme der Landwirtschaft (Sondergutachten vom März 1985). Stuttgart 1985.
- 4 W. Haber und W. Bückmann: Nachhaltiges Landmanagement, differenzierte Landnutzung und Klimaschutz. TU Berlin 2013.
- 5 BMEL: Digitalisierung in der Landwirtschaft Chancen nutzen – Risiken minimieren. Bonn 2018. – Zentrallausschuss der Deutschen Landwirtschaft: Ackerbaustrategie der deutschen Landwirtschaft. Berlin 2018. – DLG: Landwirtschaft 2030, 10 Thesen, Frankfurt 2017 ([www.DLG.org/Landwirtschaft2030](http://www.DLG.org/Landwirtschaft2030)).
- 6 A. Idel und A. Beste: Vom Mythos der klimasmarten Landwirtschaft – oder warum weniger vom schlechten nicht gut ist. Die Grünen im EU-Parlament. Brüssel 2018.
- 7 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): Vorschlag für eine gerechte EU-Agrarpolitik nach 2020. Hamm 2018.



**Dr. Christian Schüller**

Agrarwissenschaftler, ehemals Universität Kassel FG Ökologische Agrarwissenschaften, Witzenhausen.

[cschueler2015@gmail.com](mailto:cschueler2015@gmail.com)

verantwortlich sein, weil in großem Ausmaß der im September 2018 ausgesäte Raps nicht aufblief und umgebrochen werden musste.

- Der Anbau von Zuckerrüben, der nach Ende der Quotenregelung um gut 20 Prozent ausgedehnt worden war, blieb in den letzten beiden Jahren auf dem erreichten Niveau von gut 410.000 Hektar.
- Der Kartoffelanbau nahm im längerfristigen Vergleich ebenfalls wieder leicht zu.
- Silomais hat mit 19 Prozent (2,2 Millionen Hektar) seinen sehr hohen Anteil an den Ackerflächen die letzten vier Jahre stabil halten können.
- Das Feldgras, das für viele intensive Milchviehbetriebe inzwischen eine große Rolle spielt, hat mittlerweile einen Anbauumfang von gut 300.000 Hektar erreicht.

**Silomais:  
konstant hoher Anteil  
an Ackerflächen**

#### *Bodenmärkte*

Auf den Bodenmärkten – Landkauf und Landpacht – setzten sich die seit 2008/2009 zu beobachtenden Preiszunahmen fort. Beim Landkauf sind immer stärker Investoren aus den unterschiedlichsten Branchen, die Betriebe und Land erwerben. Neben vielen anderen beteiligte sich auch Aldi Nord beim Ausverkauf landwirtschaftlicher Nutzflächen. Die von den Familienstiftungen kontrollierte Boscor-Gruppe betreibt landwirtschaftliche Unternehmen in sechs Bundesländern! Obwohl die negativen Folgen dieses Aufkaufen landwirtschaftlicher Flächen durch branchenfremde »Investoren« seit vielen Jahren bekannt sind und immer wieder thematisiert werden, »kneifen« alle politischen Institutionen vor den erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen.

**Pachten um  
(fast) jeden Preis**

Bei der Landpacht hat vor allem die geänderte Düngeverordnung einen neuen Schub bei den Preisen ausgelöst. Bei Regionen in der Mitte der massierten Tierhaltung heißt das: Pachten um fast jeden Preis. So gab es in der Gemeinde Damme in Niedersachsen Pachtungen mit Preisen von bis zu 2.000 Euro pro Hektar! An den Rändern der massierten Tierhaltung wird versucht, »auszugreifen« in Gebiete, in denen es bisher noch ruhiger zugeht, so beispielsweise vom Emsland nach Ostfriesland.

Diese Vorgänge zeigen einmal mehr, dass die vielfach vertretene Auffassung (z. B. vom Wissenschaftlichen Beirat beim BMEL, vom NABU und von Bioland), an den Pachtpreiserhöhungen seien die Direktzahlungen wesentlich beteiligt, keine Substanz hat. Weil diese Auffassung einhergeht mit der Forderung, wegen der angeblichen »Überwälzung der Direktzahlungen an die Pächter« sollten die Direktzahlungen ganz abgeschafft werden, sollen hier die Zusammenhänge bei der Pacht von Land etwas ausführlicher dargestellt werden.

**Substanzlos:  
Direktzahlungen  
erhöhen Pachtpreise**

Es wird gänzlich ignoriert, dass auch in der heutigen Landwirtschaft Flächen im Eigentum der Landwirte noch eine große Rolle spielen. Beispielsweise lag im Wirtschaftsjahr 2017/18 der Anteil der Eigentumsfläche an der Betriebsfläche bei:

- Haupterwerbsbetrieben, davon:
  - kleine 74 Prozent
  - mittlere 59 Prozent
  - große 43 Prozent
  - Ökobetriebe 40 Prozent
- Klein- und Nebenerwerbsbetrieben: 59 Prozent
- Juristische Personen (nur Ostdeutschland) 32 Prozent

Für diesen sehr bedeutenden Anteil der landwirtschaftlichen Fläche gilt das Argument von der »Abwälzung der Direktzahlungen über die Pachtzahlungen« erst einmal überhaupt nicht. Grundlegende Denkfehler bzw. Mängel in der Argumentation des Wissenschaftlichen Beirats<sup>9</sup> hinsichtlich des vermeintlichen »Durchreichens« sind folgende:

- Vermutet wird ein spezifischer Zusammenhang zwischen den Direktzahlungen und den Pachtpreisen. Tatsächlich konstituieren die Direktzahlungen wie die Markterlöse aber das Gesamteinkommen (»Einkommen ist Einkommen«). Die Höhe des Gesamteinkommens ist in der Tat von erheblicher Bedeutung für viele wirtschaftliche Entscheidungen, die Bauern und Bäuerinnen treffen: seien es Ausgaben für den privaten Haushalt, für die Höhe der In-



vestitionen, für die private Vermögensbildung, für Erweiterung der Produktionsgrundlagen (unter anderem durch Zupacht) und vieles mehr. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus verständlich, dass beispielsweise Veredelungsbetriebe in Niedersachsen mit durchschnittlich 665 Euro pro Hektar besonders hohe Pachtpreise zahlen. Die Futterbaubetriebe im gleichen Bundesland aber bezahlen nur 397 Euro pro Hektar und damit etwas mehr als die Hälfte. Dabei sind die EU-Direktzahlungen mit 378 Euro pro Hektar bzw. mit 394 Euro pro Hektar sehr ähnlich, die Anteile der Eigentumsfläche an der Betriebsfläche sogar gleich hoch (beide 44 Prozent). Während die Veredelungsbetriebe aber bei einer längerfristigen Betrachtung (fast) immer zu den Betriebsformen mit dem höchsten Gesamteinkommen gehörten, zählten die Futterbaubetriebe ebenso regelmäßig zu den Betriebsformen mit viel geringerem Gesamteinkommen.

- Die Behauptung, die Direktzahlungen würden über die Pachtpreise auf die Verpächter übergewälzt, setzt voraus, dass die Verpächter einen großen Einfluss auf die Höhe der Pachtpreise haben. Unterstellt man mal, alle Verpächter seien bestrebt, dass die an die Landwirte gezahlten Direktzahlungen auf ihr Konto weitergeleitet würden, stehen dazu die außerordentlichen Unterschiede bei der Höhe der Pachtpreise im Widerspruch. Warum betragen die Pachtpreise bei der Betriebsform »Sonstiger Futterbau« im Saarland 90 Euro pro Hektar, bei den »Spezialisierten Schweineaufzuchtbetrieben« in Niedersachsen aber 732 Euro pro Hektar? Die Antwort ist leicht: Entscheidend ist die Konkurrenz unter den Pächtern! Im Saarland ist die Konkurrenz um Grünlandflächen sehr gering (viel Grünland wird ohne Pachtzahlung genutzt). In Niedersachsen ist die Konkurrenz um Pachtland dagegen sehr groß.

- Wenn das Argument vom Durchreichen der Direktzahlung durch die Höhe der Pacht richtig wäre, so wäre zu erwarten, dass die Betriebsformen mit den höchsten Direktzahlungen auch die höchsten Pachtpreise hätten. Das ist aber keineswegs der Fall, was schon aus folgender Gegenüberstellung hervorgeht: Im Wirtschaftsjahr 2017/2018 erhielten ökologisch wirtschaftende Haupterwerbsbetriebe Direktzahlungen in Höhe von 655 Euro pro Hektar und ihre Pachtpreise bewegten sich durchschnittlich auf dem Niveau von 211 Euro pro Hektar. Alle Haupterwerbsbetriebe betrachtet hatten hingegen Pachtpreise von 343 Euro pro Hektar durchschnittlich und Direktzahlungen in Höhe von 411 Euro pro Hektar.<sup>10</sup>

Landpacht ist nicht nur abhängig von Angebot und Nachfrage, nicht nur von der Konkurrenz unter den Landwirten, sie ist eingebunden in die regionalen sozialen Strukturen. Das beginnt von ungünstig gelegenen Flächen, die ohne Pacht bewirtschaftet werden (damit sie nicht brach liegen und »verkommen«), geht über verwandtschaftliche und Bekanntheitsverhältnisse (Pächter und Verpächter kennen sich aus der Schule/Familien und haben z. B. schon immer miteinander »im Clinch« gelegen), geht weiter über das Bild, das Verpächter von bestimmten Produktionsformen haben (eher früher: Biobauern werden als Pächter nicht berücksichtigt, weil auf den Feldern so »viele Disteln wachsen« / eher heute: Biobauern werden bevorzugt, weil sich eine positive Einstellung zu dieser Produktionsform verbreitet hat) und hört mit der Rechtsform beim Pachtvorgang nicht auf (eher früher: Landwirte haben im Gemeinde- und im Kirchengemeinderat großen Einfluss und Pachtpreise sind niedrig bzw. verändern sich wenig / eher heute: der Einfluss der Landwirte ist verringert, die Verpachtung erfolgt aufgrund von Bieterverfahren, viel Veränderung unter den Pächtern). In Regionen, wo nur wenige Großbetriebe vorhanden sind, kann es allerdings zu einer Marktbeherrschung durch die sehr wenigen Pächter kommen, abgestimmtes Verhalten sorgt dann für niedrige Pachtpreise.

Die Höhe der Direktzahlungen hat zwar seit ihrer Einführung mancherlei Verwandlungen erfahren – beispielsweise durch die Umstellung von D-Mark auf Euro –, ist aber nominal etwa gleichgeblieben (zumindest die Betriebsprämien bzw. Basisprämie). Real hat sie durch den Kaufkraftverlust sogar sehr deutlich abgenommen.

Wesentlich ist, dass die Direktzahlungen bei ihrer Einführung recht differenziert daher kamen (die flächengebundenen Prämien waren unterschiedlich nach Kulturarten, für Grünland gab es keinerlei Direktzahlung, neben flächengebundenen Prämien gab es auch auf Tiere bezogene Prämien). Mit der Politik der »Entkopplung« im Jahre 2005 vereinheitlichte die EU die Direktzahlung zu einer einheitlichen und ausschließlich flächenbezogenen Maßnahme (es

**Pachtpreise:  
Entscheidend ist  
die Konkurrenz  
unter den Pächtern**

**Landpacht ist  
eingebunden in die  
regionalen und  
sozialen Strukturen**

**Abschaffung der  
Direktzahlungen hat  
keine Wirkung  
auf den Pachtmarkt**

verblieben allerdings Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten). Dadurch wurde es für Pächter, die Kenntnis von diesen Vorgängen hatten (Verpächter, die bis vor Kurzem selbst Landwirte waren; Großverpächter wie beispielsweise Kirchen, die spezielles Personal für die Kontrolle des Pachtprozesses bei ihren Flächen hatten), leichter, die Direktzahlungen als Gesichtspunkt bei Pachtverhandlungen einzubringen. Erfolgreich dürfte das vor allem dann gewesen sein, wenn es ohnehin starke Konkurrenz unter den Pächtern gab. Aktuell lässt die Debatte um die Düngeverordnung besonders bei Betrieben mit stark überhöhtem Viehbesatz (drei Großvieheinheiten pro Hektar und mehr) sowie bei Betrieben mit einer Biogasanlage (absurderweise wurde die Biogasgülle bei der bisherigen Düngeverordnung gar nicht berücksichtigt) die Pachtpreise in bisher unbekannt Dimensionen klettern.

Weil die Behauptung des Wissenschaftlichen Beirats, dass es speziell die Direktzahlungen seien, die über die Pacht an die Verpächter weitergereicht werden, nicht stimmt bzw. stark übertrieben ist, ist auch nicht zu erwarten, dass eine Abschaffung der Direktzahlungen zu einer merkbaren Senkung der Pachtpreise führen würde. Die Höhe der Pacht hat sehr viele Einflussgrößen – die Direktzahlungen sind *eine* davon mit vergleichsweise geringer Bedeutung!

## Tierhaltung

### Viehbestand

Für die Tierhaltung in Deutschland<sup>1</sup> ist seit Langem ein kontinuierlicher Rückgang der Betriebe mit Tierhaltung charakteristisch. Seit einigen Jahren geht aber auch die Zahl der Tiere (leicht) zurück.

Bei *Rindern* verminderte sich die Tierzahl im Halbjahresvergleich von 11,7 Millionen im November 2018 bis Mai 2019 um 186.000 Tiere (minus 1,6 Prozent). Für die Milchkühe lautete die absolute Zahl für den Mai 2019 noch 4,72 Millionen und der Rückgang zum November des Vorjahres mit 33.000 Kühen machte 0,7 Prozent des Bestandes aus. Bei den *Schweinen* betrug die absolute Zahl im Mai 2019 noch 26 Millionen. Der Rückgang zum November belief sich auf 520.000 Tiere oder minus zwei Prozent. Bei den *Schafen* veränderte sich dagegen sowohl die mit 9.000 niedrige Zahl an Betrieben als auch die Zahl der Schafe (1,57 Millionen) nicht wesentlich.

Im Gegensatz zum doch deutlich angestiegenen Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der inzwischen von ökologisch wirtschaftenden Betrieben genutzt wird, ist die Bedeutung dieser Betriebe in der Tierhaltung doch sehr gering (Ausnahmen: Schafe und Ziegen) (siehe Tab. 3).

Die Tierhaltung in der Landwirtschaft wurde in den Vorjahren in zahlreichen Medienbeiträgen sehr heftig kritisiert. Viele Vorgänge dabei erschütterten das berufliche Selbst-

**Anteil der  
ökologischen  
Tierhaltung gering**

**Tab. 3: Viehbestand in Betrieben mit konventionellem und ökologischem Landbau 2016**

Tierart	Insgesamt <sup>1</sup>		Darunter mit ökologischer Wirtschaftsweise in der Viehhaltung		Anteil öko- logische Tiere
	Betriebe	Anzahl Tiere	Betriebe	Anzahl Viehbestand	%
Rinder	120.966	12354.040	10.466	700.356	5,7
Schweine	40.267	27977.515	1517	196.142	0,7
Schafe	19.556	1834.275	2.267	225.530	12,3
Ziegen	9.808	138.810	1.506	46.143	33,2
Hühner <sup>2</sup>	47.203	158648.625	3.893	6535.087	4,1
Gänse, Enten, Truthühner <sup>2</sup>	8.328	14925.304	735	242.482	1,6
Einhufer (z.B. Pferde)	42.145	441.954	4.024	33.699	7,6

<sup>1</sup> Sowohl konventionelle als auch ökologische Wirtschaftsweise in der Viehhaltung. <sup>2</sup> Einschließlich Betriebe, die vorübergehend keinen Bestand haben. Stand 10. Juli 2017

verständnis der landwirtschaftlichen Betriebe mit Viehhaltung sehr grundsätzlich: so etwa ein Gerichtsurteil, das Einbrüche in geschlossene Stallanlagen ausdrücklich erlaubt mit der Begründung, das geschehe im öffentlichen Interesse, auch weil die amtliche Veterinärverwaltung ihre Arbeit nicht erfülle; so wiederholt ausgestrahlte Fernsehbeiträge mit offenkundig leidenden Tieren; so ein Youtube-Beitrag, in dem Angehörige der Tierschutzorganisation »animal rights« einen Bullen hochleben ließen, der zwei Bauern – Vater und Sohn – zu Tode getrampelt hatte. Es ist, als gebe es »kein Halten« mehr. Agrarpolitiker, Agrarberatung, Agrarwissenschaftler, die bei der Entstehung der jetzt grenzenlos kritisierten Strukturen großen Einfluss hatten, verkrümelten sich in den Kulissen.

**Trotz Kritik: Ausbau agrarindustrieller Tierhaltung geht weiter**

Parallel dazu geht der Ausbau agrarindustrieller Anlagen ungebremst weiter, vor allem bei Geflügel und Schweinen. Die Bauämter der Gemeinden genehmigten wie gewohnt, die Agrarverwaltung verteilt wie gewohnt Mittel im Bereich »einzelbetriebliche Investitionsförderung«. Natürlich garniert mit dem Hinweis, das Geld gebe es nur bei Ställen, die weit überdurchschnittliche Bedingungen fürs Tierwohl bieten würden. Wenn geplante Großanlagen nicht gebaut wurden, dann als Folge von Protesten aus der Öffentlichkeit.

### Tierzucht

In der Tierzucht sind sinnvolle Entwicklungen aus der Hühnerzucht zu vermelden. Wenn auch noch alles ganz am Anfang steht, aber das Zweinutzungshuhn scheint Gestalt anzunehmen. Nachdem sich in der Geflügelhaltung schon vor über 50 Jahren industrielle Strukturen durchsetzten, so erfreuen heute doch auch die immer öfter zu sehenden »mobilen Hühnerställe« das Auge und finden durchgängig gute Nachfrage.

In der Rinderzucht dominiert, wie in den Vorjahren, die »Genomics«, also Bullen, von denen überhaupt noch keine Nachkommensleistungen vorliegen, die aber trotzdem schon für den Besamungseinsatz zugelassen werden. Die genomische Zuchtwertschätzung hat dabei nicht nur den Inzuchtgrad der Bullen in schwindelerregende Höhen getrieben (zwölf Prozent Inzucht und mehr), sondern durch das Karussell der ach so hoffnungsvollen Jungbullen diesen noch mal beschleunigt. Kaum haben sich die Bauern einen Bullennamen gemerkt, ist der Bulle auch schon wieder verschwunden. Kenntnisse über Abstammungsverhältnisse und bewährte Eigenschaften der Nachkommen von Bullen können so kaum noch genutzt werden.

**Wo bleibt der »züchterische Fortschritt«?**

Die Zucht auf hohe Milchleistung hat über die Jahre vor allem Kühe der Rasse Deutsche Holsteins sehr groß werden lassen. Bei ihrer Eintragung erreichen die Jungkühe heute bereits eine Kreuzbeinhöhe von durchschnittlich 150 Zentimeter. Durch die Zunahme von Größe und Volumen fressen diese Kühe nicht mehr nur rund 15 Kilogramm Trockensubstanz je Tag, wie vor 40 Jahren, sondern zwischen 23 bis 25 Kilogramm. Die Zucht hat dadurch zwar die Milchmenge pro Kuh sehr gesteigert (mehrere Zuchtverbände erreichen inzwischen durchschnittliche Herdenleistungen von 10.000 Kilogramm), die Effektivität, d. h. die Umwandlung von Futter in Milch, ist dagegen nicht verbessert. Der »züchterische Fortschritt« bei diesem doch so wirklichen Merkmal ist also gleich null.

Eine wichtige Folge der starken Zunahme der Futteraufnahme pro Kuh ist die damit einhergehende Zunahme des Gülleanfalls. »Über den Daumen« wird gerechnet, dass mit der Erzeugung von einem Kilogramm Milch auch drei Kilogramm Gülle anfallen. Das bedeutet: 10.000 Liter pro Kuh ergibt 30.000 Liter Gülle. Bei einer Kuh, die 7.000 Liter gibt fallen 21.000 Liter Gülle an.

**1 Kilo Milch = 3 Kilo Gülle**

## Märkte und wirtschaftliche Lage

### Ackerbau

Wenig Veränderung im Anbau, wenig Veränderung bei den *Erzeugerpreisen* – so das Fazit für 2019. Weizen (und die anderen Hauptgetreidearten) »dümpelten« trotz der erheblichen regionalen Schäden durch Hitze und Trockenheit wenig verändert bei 14 bis 15 Euro pro Doppelzentner. Bei Zuckerrüben war die Abschaffung der Quote begleitet gewesen von einer Propagandaoffensive, die deutlich verbesserte Preise verhiess. Tatsächlich gab es eine erhebliche Ausdehnung des Anbaus, auch wegen der trüben Lage bei den Getreide- und Rapspreisen. Es folgte ein langanhaltender Katzenjammer wegen des eintretenden Preisverfalls. Vereinzelt

versuchten große spezialisierte Ackerbaubetriebe durch Wiederaufnahme von Kartoffelanbau und Feldgemüse (beispielsweise Kohl) sich etwas Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Wie zuvor schon bei anderen Standorten der Lebensmittelherstellung wurde 2019 auch in der ostwestfälischen Stadt Warburg mit der Zuckerrübenfabrik (Südzucker) der letzte Betrieb der Lebensmittelindustrie geschlossen. Starke Bauernproteste und auch der Hinweis, das Werk in Warburg sei doch bedeutend auch für die Verarbeitung von Biorüben, blieben erfolglos. Wie üblich, so hatten auch in diesem Fall die Landwirte in den »Selbstverwaltungsgremien« der Schließung zugestimmt.

**Preise für  
Biofuttergetreide  
unter Druck durch  
Umstellungswelle**

Als Folge dieser rundum wenig ermutigenden Verhältnisse kam es zu einer deutlichen Zunahme der Umstellung auf *Ökolandwirtschaft*. Trotz des anhaltenden Nachfragewachstums im Ökobereich wurden durch die großen Mengen an neuer Umstellungsware vor allem die Preise für Biofuttergetreide unter Druck gesetzt. Dazu trägt auch bei, dass in der frühen Phase des Ökolandbaus jeder Betrieb wusste, dass er selbst sich um Nachfrage kümmern musste. Heute wird vielfach erwartet, die vorhandenen Vermarktungsstrukturen so mit nutzen zu können.

Der *Kartoffelanbau* kennt ja auch immer wieder ein »Auf und Ab« bei den Preisen. Das Jahr 2019 erwies sich dabei als eher günstig, auch schon bei den Frühkartoffeln. Vereinzelt kam es als Folge der Trockenheit im Boden zu vermehrten Drahtwurmschäden in den Knollen. Es wird vermutet, dass bei Trockenheit die Drahtwürmer sich die Feuchte aus den Knollen holen.

In der Diskussion um *Pestizide* erregte ein Vorstoß des Bundesarbeitsministeriums Aufsehen. Es veranlasste nämlich eine Prüfung der Frage, ob bei Personen, die bei der Arbeit mit Pestiziden umgehen, Parkinson als Berufskrankheit anerkannt werden müsse. So habe ein Sachverständigenbeirat festgestellt, dass bestimmte Stoffe oder Stoffkombinationen die

*Onno Poppinga und Marcus Nürnberger*

**Düngeverordnung und Panikmache**

Mit weniger Stickstoff werden die Pflanzen nicht verhungern – aber die Nitratwerte bleiben im Fokus

Eines der Themen auf den großen Bauerndemonstrationen Ende Oktober 2019 war die angeblich »zwangsweise Unterernährung der Pflanzen«.1 Der Gesetzgeber sieht vor, dass in sog. »roten Gebieten« künftig nur noch 20 Prozent unter dem »Bedarf« der Pflanzen gedüngt werden darf. Rote Gebiete sind Regionen, in denen mehr als 50 Prozent der Flächen im Einzugsbereich von Grundwassermessstellen folgende Grenzwerte überschreiten: mehr als 50 Milligramm Nitrat pro Liter bzw. mehr als 37,5 Milligramm Nitrat pro Liter Grundwasser mit steigender Tendenz. Existenzbedrohend sei diese von der EU-Kommission eingeforderte Nachbesserung zur Düngeverordnung (DüV) 2017, so der Deutsche Bauernverband. Man »verlasse [...] das Grundprinzip der Bedarfsdeckung landwirtschaftlicher Kulturen mit Nährstoffen«, kritisierte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Ruckwied.

**»Bedarf« – zwischen Biologie und Ökonomie**

Die Wortwahl »Bedarf der Kultur« drückt eine Verwechslung aus. Der natürliche Bedarf einer Pflanze besteht darin, dass die Pflanze wachsen kann, dass sie zur Samenreife gelangt und dass die Samenkörner die Erhaltung und Ausbreitung der Art ermöglichen. Der »Bedarf« der Pflanzen im Sinne der DüV drückt dagegen aus, welche

Stickstoffmengen zu düngen sind, um den vom Landwirt erhofften Ertrag zu ermöglichen. Der »Bedarf« im Sinne der DüV ist also nicht der Bedarf der Pflanze, sondern die Hoffnungen des Landwirts. Die Sollwerte für die Stickstoffdüngung um 20 Prozent zu reduzieren, bedeutet daher nicht, dass die Pflanzen »hungern« müssen; es darf nur nicht mehr auf maximalen Ertrag hin gedüngt werden. Ist der maximale Ertrag (»Leistung«) – wie in der landwirtschaftlichen Ausbildung immer behauptet – wirklich wirtschaftlich? Hätte eine stärkere Beachtung der tatsächlichen Wirtschaftlichkeit das Problem der weit verbreiteten Überdüngung im Ackerbau vermutlich erst gar nicht entstehen lassen? Am Beispiel der Stickstoffdüngung lässt sich diese Vermutung gut bestätigen.

Als Grundlage dient die Veröffentlichung von Heyn und Olf über die Wirkung reduzierter Stickstoffdüngung auf Produktivität, Bodenfruchtbarkeit und Stickstoff-Austragungsgefährdung. Ihre Beurteilung fußt auf mehrjährigen Feldversuchen.2 In diesem 264 Seiten starken Text werden insgesamt neun Stickstoff-Extensivierungsversuche von verschiedenen Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalten aus verschiedenen Bundesländern vorgestellt. Ausgangspunkt für die meisten Versuche war die Anfang der 90er-Jahre intensivierte Debatte um die ▶

Krankheit verursachen können.<sup>13</sup> In Frankreich ist Parkinson bereits seit 2012 als Berufskrankheit für Landwirte anerkannt.

Es ist vermutlich auch auf die Trockenheit des Jahres 2018 zurückzuführen, dass der Absatz an Pestiziden deutlich zurückging.<sup>14</sup> Hatte es von 2004 (28.885 Tonnen Wirkstoff) bis 2017 (34.583 Tonnen) noch einen Anstieg gegeben, so reduzierte sich der Absatz 2018 stark um 5.000 Tonnen auf 29.583. Auch wenn keine detaillierten Angaben vorliegen, so kann doch vermutet werden, dass es eben die Trockenheit war, die bei zahlreichen Kulturen die Behandlungshäufigkeit sinken ließ. Zu den 29.583 Tonnen gehören auch 3.684 Tonnen, die im ökologischen Landbau einsetzbar sind.

Eine Verbesserung der öffentlichen Kenntnisse über Umfang und Art der eingesetzten Pestizide könnte ein Gerichtsurteil aus Braunschweig vom März 2019 haben. Es verurteilte nämlich das Bundesamt für Verbraucherschutz zur Herausgabe von Daten über die wirkstoffspezifischen Pestizidverkäufe. Bisher gab es nur Angaben in groben Mengenklassen.

Die trübe Stimmung in vielen Ackerbaubetrieben führte neben den Folgen der Trockenheit (Düngemittel lagen im oder auf dem Boden und konnten von den Pflanzen nicht genutzt werden) wohl auch dazu, dass die Einsatzmengen an stickstoffhaltigen *Mineraldüngern* weiter zurückgingen. Hochleistung macht offenbar nicht mehr so viel Spaß. Während es bis zum Wirtschaftsjahr 2014/15 einen Anstieg des Stickstoff-Mineraldüngereinsatzes auf 111 Kilogramm pro Hektar gegeben hatte, begann danach ein Rückgang. Mit 82 Kilogramm pro Hektar wurden 2018/19 zehn Kilogramm weniger eingesetzt als im Vorjahr. Bei den anderen Mineralstoffdüngern änderte sich das Niveau der eingesetzten Mengen dagegen nicht.<sup>15</sup>

Zum generellen Rückgang des Stickstoff-Mineraldüngereinsatzes trägt fraglos auch die anhaltende Diskussion über die Düngemittelanwendungsverordnung bei. Vor allem die

**Weniger Pestizide  
»dank« Trockenheit**

**Trübe Stimmung bei  
Ackerbaubetrieben**

Rolle der Stickstoffdüngung in der Landwirtschaft und im Gartenbau bei der Verschmutzung von Grund- und Oberflächenwasser. Geprüft wurde in den Dauerversuchen (Dauer zehn bis 15 Jahre!), wie sich unterschiedliche Intensitäten einer Stickstoffdüngung auf Ertrag, auf Bodenfruchtbarkeit und auf Nitratauswaschung auswirken. In dem Versuch gab es eine Nullvariante (keine Stickstoffdüngung), eine Variante der Stickstoffempfehlung der Pflanzenbauberatung (»standorttypisch optimal«) und zwei (oder drei) Varianten mit reduzierter Stickstoffdüngung dazwischen.

**Weniger Düngung – weniger Ertrag?**

Als Beispiel für den Zusammenhang unterschiedlicher Stickstoffdüngung und Ertrag sei hier der Versuch der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen vorgestellt: sechs untersuchte Varianten der Stickstoffdüngung; fünf Untersuchungsstandorte mit Ackerzahlen zwischen 28 und 67; sehr unterschiedliche Fruchtfolgen; Versuchsdauer

zwischen neun und 14 Jahren. Tabelle 1 zeigt, wie sich über die Gesamtlauzeit der Versuche die prozentualen Erträge der unterschiedlichen Varianten der Stickstoffdüngung darstellen im Vergleich zu der Variante »standorttypisch optimal«.

Eine Verminderung der Stickstoffdüngung um zehn bzw. 20 Prozent war also in diesen Langfristversuchen praktisch ohne Auswirkung auf den Ertrag. Für die aktuelle Debatte um den Zusammenhang zwischen der Höhe der Stickstoffdüngung und dem Ertrag ist deshalb die Variante mit minus 40 Prozent Stickstoffdüngung besonders bedeutsam. Diese doch deutlich verminderte Düngermenge hat eine Verminderung des Ertrags von gerade mal elf Prozent zur Folge (Schwankung zwischen den Standorten 85 bis 98 Prozent).

In einem weiteren Untersuchungsschritt wurde geprüft, wie sich bei dieser Variante der Stickstoffdüngung die Wirtschaftlichkeit entwickelte (dabei wurden nur die ein- ▶

**Tab. 1: Prozentuale Erträge unterschiedlicher Varianten der Stickstoffdüngung**

Ort	ohne N	Optimal - 40 Prozent	Optimal - 20 Prozent	Optimal - 10 Prozent	Standort - typisch optimal	Optimal + 20%
Haus Düsse	54	89	95	97	100	101
Rüthen	52	87	93	97	100	102
Mariensfeld	50	88	96	98	100	97
Salzkotten	82	98	101	100	100	99
Meerhof	48	85	94	97	100	103
Mittel	57	90	96	98	100	100

Veredelungsbetriebe mit ihren abenteuerlich hohen Viehbeständen (und damit Güllemengen) machen der Politik Druck, einer Reduzierung des Stickstoff-Mineraldüngereinsatzes das Wort zu reden. Dabei gibt es aber auch reichlich »rote Gebiete« mit zu hohen Nitratwerten im Boden, wo von massierter Tierhaltung keine Rede sein kann (im südlichen Hessen beispielsweise). Zu viel ist zu viel, gleich ob es aus dem Güllefass oder aus dem Düngerstreuer stammt.

### Flucht in die Größe

Da ein großer Teil der Ackerbaubetriebe mit Produktionskosten von zwölf bis 13 Euro pro Doppelzentner (und mehr) wirtschaften dürfte, werden sich die flächengebundenen Direktzahlungen für das Einkommen der Betriebe erneut als Stabilitätsanker erweisen. Flucht in die Größe, entweder als Einzelbetrieb oder im Verbund, ist nach wie vor eine Ansage. So erstreckt sich inzwischen ein Konglomerat aus großen Ackerbaubetrieben von Bayern und Baden-Württemberg bis nach Niedersachsen hinein; die Mährescher ziehen von Süd nach Nord.

### Milchkühe

Unter den Betrieben mit Tierhaltung sind vor allem die mit Rauh- bzw. Grobfutterfresser besonders von Dürre und Hitze 2018 (und 2019!) betroffen. Wegen der hohen Ertragsausfälle in den Trockengebieten wurde deshalb zum Herbst 2018 mit einer (gegenüber dem Vorjahr) rückläufigen Milchanlieferung gerechnet. Dazu kam es jedoch überraschenderweise nicht. Durch (sehr teure) Futtermittelzukäufe, durch Verkauf von Jungvieh, auch durch stärkeren Einsatz von Kraftfutter versuchten die Milchviehbetriebe, ihre Milchanlieferungsmengen zu halten. Erst ab Januar 2019 begann die Milchanlieferung leicht zurückzugehen.<sup>16</sup> Die Auszahlungspreise bewegten sich auf dem sehr niedrigen Niveau zwischen 32 und 36 Cent; mit sehr (!) großen Unterschieden zwischen den Molkereien und den Regionen:

gesparten Düngerkosten in Ansatz gebracht!). Ergebnis: Nur, wenn bei Weizen ein nach dem Proteingehalt gestaffelter Preis unterstellt wird, tritt bei der Variante »minus 40 Prozent« der Stickstoffdüngung eine Verminderung des ökonomischen Ergebnisses von etwa drei bis vier Prozent ein. Geht man von einem einheitlichen Weizenpreis aus, unterscheidet sich das ökonomische Ergebnis praktisch nicht von der Variante mit »standorttypischer Optimaldüngung«. Allerdings kommen andere Versuche zu dem Ergebnis, dass auch bei reduzierter Stickstoffdüngung durchaus Backweizenqualität erreicht werden kann.

Das heißt: 40 Prozent weniger Stickstoffdüngung führt zu keiner Verschlechterung der ökonomischen Ergebnisse! Würde man – im Gegensatz zum Rechenansatz in den Versuchen – auch noch berücksichtigen, dass bei einer um 40 Prozent reduzierten Stickstoffdüngung mit großer Wahrscheinlichkeit keine zweite Herbizid-, keine Fungizid- und keine Insektizidspritzung erfolgen würden, so dürfte sich für die »Variante minus 40 Prozent« die mit Abstand beste Wirtschaftlichkeit errechnen. In der Landwirtschaft gilt eben oft »weniger ist mehr«.

Mit Blick auf das Anliegen der Düngeverordnung, Stickstoffauswaschung zu reduzieren, zeigte sich, dass die Nmin-Werte (also der Gehalt eines Bodens an verfügbarem mineralisierten Stickstoff) im Herbst in der Variante »minus 40 Prozent« immer niedriger waren wie bei der Variante »100 Prozent«, allerdings bei deutlichen Unterschieden zwischen den Standorten (von minus vier Kilogramm pro Hektar bis zu minus 15 Kilogramm pro Hektar).

### Geschickte Korrektur der Bedarfswerte

Doch noch einmal zurück zu den »Bedarfswerten«. Als Grundlage jeder Düngung werden die prognostizierten, von den Landwirten erhofften Erträge und die sich daraus ergebenden Bedarfswerte der Pflanze zugrunde gelegt. In einem Gutachten für den Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft zeigt Professor Friedhelm Taube von der Christian-Albrechts-Universität Kiel, dass genau diese Bedarfswerte im Rahmen der DüV 2017 deutlich höher angesetzt wurden (nämlich um zehn bis 50 Kilogramm pro Hektar), als es beispielsweise die Empfehlungen der Landwirtschaftskammern in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen tun. Hinzu komme, so Taube, dass gegenüber der DüV 2007 die Düngewirkungen von Vor- und Zwischenfrüchten mit deutlichen Abschlägen von im Schnitt 20 Kilogramm Stickstoff pro Hektar neu festgelegt worden seien. Wenig verwunderlich ist es in der Folge, wenn sich, wie Taube anhand der Flächenbilanz-Stickstoffsalden in den einzelnen Landkreisen Schleswig-Holsteins anschaulich darstellt, die Situation aufgrund der »Korrektur« der Bedarfswerte in der neuen DüV um zehn bis 50 Kilogramm Stickstoff pro Hektar nach oben »verbessert« und die neuen Salden um zehn bis 26 Kilogramm Stickstoff pro Hektar niedriger werden lassen.

### Neue DüV erlaubt sogar mehr Dünger

Ginge man davon aus, dass die landwirtschaftlichen Betriebe bis an die von den Kammern bzw. in der DüV vorgegebenen Bedarfswerte düngen, so brächte die ▶

- Unter den Molkereien hatte das Deutsche Milchkontor (DMK), die bei Weitem größte Molkerei, in fast jedem Monat »die rote Laterne«.
- Bezogen auf die Bundesländer mussten die Milchviehbetriebe in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit den ungünstigsten Auszahlungspreisen zurecht kommen. In Bayern und Baden-Württemberg waren (wie fast immer) die Auszahlungspreise etwas günstiger. Der Vergleich von Milchauszahlungspreisen und den Erzeugungskosten der Milch (»Preis-Kosten-Ratio«) zeigt erneut, dass die Betriebe mit Milchviehhaltung – wie schon im Wirtschaftsjahr 2017 – sowohl 2018 als auch in der ersten Hälfte des Jahres 2019 sehr unzureichende wirtschaftliche Ergebnisse hatten. Setzt man für den Einkommensanspruch der selbstständigen Arbeitskräfte auf den Milchviehbetrieben vergleichbare Tarife für Landarbeiter an, so fehlten im dritten Quartal 2019 circa zehn Cent je Kilogramm Milch an der vollen Deckung der Gesamterzeugungskosten der Milch (Durchschnitt in Deutschland)!<sup>17</sup>

**Bessere  
Auszahlungspreise  
im Süden**

Ohne Frage: Die Betriebe mit Milchkühen sind in eine Dauerkrise hineinmanövriert worden. Das Dilemma hat längst auch die großen Milchviehbetriebe erfasst. In seinem Beitrag »Der Lack ist schon wieder ab« beschreibt der Berater Claus Schnakenburg die Lage der von ihm beratenen Betriebe im Elbe-Weser-Dreieck.<sup>18</sup> Dabei stellt er die Durchschnittswerte der betriebswirtschaftlichen Ergebnisse von 81 großen Milchviehbetrieben für die Jahre 2007 bis 2010 den Ergebnissen von 2015 bis 2018 gegenüber. Die wichtigsten Ergebnisse:

**Krise erfasst  
auch große  
Milchviehbetriebe**

- Die Zahl der Kühe pro Herde stieg von 117 auf 212;
- der Gewinn pro Kilogramm Milch fiel von 4,9 auf 2,9 Cent;

DüV 2017 keine Verbesserung, sondern ermöglichte sogar ein Mehr an Düngung. Ein Abschlag von 20 Prozent in den roten Gebieten würde vor allem diese zusätzlichen möglichen Stickstoffgaben betreffen. Schmerzhafte wird diese Reduktion jedoch nur dann, wenn es um die Frage geht, wie die Gülle untergebracht werden kann. So verursachen geringere Stickstoffgaben, zumindest in den Intensivregionen, zusätzliche Kosten, da ohne eine flächengebundene Tierhaltung der organische Dünger, in der Regel Gülle, de facto ein kostenintensives Entsorgungsprodukt ist. Dass die durch die neue DüV möglich gewordenen höheren Ausbringmengen jetzt, zumindest in den roten Gebieten, wieder nach unten korrigiert werden, muss all die Lobbyisten schmerzen, die sich im Vorfeld für gesteigerte Bedarfswerte eingesetzt haben. Für Betriebe in den betroffenen Regionen, die mit ihrem Aufkommen an organischem Dünger an der Grenze bzw. darüber liegen, kosten die 20 Prozent Abschlag Geld und wirken sich direkt auf die Pachtpreise für »Entsorgungs«-Land aus. In Damme bei Vechta werden schon Preise von 2.000 Euro pro Hektar gezahlt. Wer seine Gülle per Spedition entsorgen lässt, zahlt im Raum Bielefeld 20 Euro pro Kubikmeter. Circa ein halber Kubikmeter fällt pro Mastschwein an.

Ganz offensichtlich sind es also nicht die (vermutlich gar nicht so groß) verminderten Ernteerträge aufgrund reduzierter Düngung, die für die Landwirte existenzbedrohend werden können, sondern viel eher der wenig kalkulierbare Umgang mit den bei Mastbetrieben anfallenden

Gülmengen, die nicht betriebseigen verwertet werden können.

#### Anmerkungen

- 1 So der Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbands (WLVB), Johann Rörig, zitiert nach dem Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben 9/2019, S. 20.
- 2 J. Heyn und H.-W. Olf: Wirkung reduzierter N-Düngung auf Produktivität, Bodenfruchtbarkeit und N-Austragungsgefährdung – Beurteilung anhand von mehrjährigen Feldversuchen. Schriftenreihe 72 der VDLUFA. Darmstadt 2018.



**Prof. Dr. Onno Poppinga**

Hochzeitstr. 5  
34376 Immenhausen-Holzhausen  
rondopopp@t-online.de



**Marcus Nürnberger**

Redakteur der *Unabhängigen Bauernstimme*.

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
nuernberger@bauernstimme.de

- der Gewinn pro Betrieb betrug – trotz Verdoppelung der Zahl der Kühe! – unverändert gut 90.000 Euro;
- die Herdenvergrößerung ging einher mit dem Anstieg der Verschuldung auf 1,35 Millionen Euro je Betrieb;
- *und*: bis zu 40 Prozent der Milcherzeuger erwägen, die Produktion einzustellen.

**Negative  
Preisentwicklung für  
Schlaktkühe,  
Bullen und Kälber**

Zu diesem erneut sehr schlechten Ergebnis trug auch bei, dass sich die Erlöse für Rindfleisch im Vergleich zu 2018 um etwa 25 Cent pro Kilogramm verschlechterten. Als Folge der schlechten Futterversorgung durch die Dürre hatten nicht wenige Milchviehbetriebe ihre Milchviehhaltung ganz aufgegeben, andere die Zahl der Kühe bzw. der Jungrinder reduziert. Diese sehr negative Preisentwicklung gab es nicht nur für Schlaktkühe und für Bullen, sondern auch für Kälber. Für leichtere Mutterkälber mussten bisweilen »Abholgebühren« von den Bauern bezahlt werden, damit diese Tiere überhaupt mitgenommen wurden. Zu dieser für die Tierhalter wie für die Kälber schlimmen Lage trug auch bei, dass die Nachfrage nach Kälbern für die Mast in Holland deutlich zurückging (aus Deutschland gehen jede Woche etwa 10.000 Kälber zur Kälbermast nach Holland). Da in den Niederlanden »weißes Kalbfleisch« (durch gezielte Mangelversorgung im Kälberfutter wird den Kälbern eine »Anämie« angefütert, damit ihr Fleisch eine weiße und nicht die natürlich rote Farbe hat) von vielen Verbrauchern verlangt wird, viele Milchviehhalter ihren Kälber diese angefüterte Mangelernährung aber nicht (mehr) zumuten wollen, gibt es zahlreiche Betriebe (sowohl ökologisch wie konventionell), die wieder über die Mast im eigenen Betriebe nachdenken bzw. damit schon begonnen haben. Unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit ist das aber derzeit ein sehr schwieriger Weg.

**Nach wie vor  
kein funktionierender  
Milchmarkt**

Seit dem Milchstreik von 2008 und der programmatischen Arbeit des Bundes Deutscher Milchviehhalter als eigenständiger Interessensvertretung gibt es starke Bemühungen, die Strukturen der Beziehung zwischen Milchviehbetrieben und den Molkereien grundlegend zu ändern. Bisher leider ohne Erfolg. Zwar wird bezüglich der unzureichenden Auszahlungspreise der Molkereien in »Fachzeitschriften« und von Agrarökonomen immer wieder von »Märkten«, von »Wirkung von Angebot und Nachfrage« gesprochen; eine realistische Beobachtung der Struktur der Beziehung zwischen Bauern und Molkereien zeigt aber, dass überhaupt keine Markt-, sondern lediglich Liefer- und Absatzbeziehungen vorliegen. Die Festsetzung der Preise erfolgt ausschließlich durch die Molkereien. Das Risiko tragen allein die milchviehhaltenden Betriebe. Ein im April 2019 erschienenes Gutachten<sup>19</sup> hat folgende Mängel in der jetzigen Struktur hervorgehoben:

- Eine vollständige Andienungspflicht bei gleichzeitiger Abnahmegarantie, die noch immer prägend für einen Großteil der erzeugten Rohmilchmenge ist, führt zu einer Marktverschließung und begünstigt Überproduktion und niedrige Preise.
- Modellhaft kann gezeigt werden, dass die derzeitige Lieferstruktur, die die Molkereien in die Lage versetzt, ohne die vollständige Berücksichtigung der Erzeugerkosten die angediente Rohmilch zu verarbeiten und abzusetzen, die Erzeuger deutlich schlechter stellt als in einer Situation, in der Erzeuger und Molkereien über Preise verhandeln, bevor die Molkerei beliefert wird.
- Durch die einseitige nachträgliche Preisfestsetzung der Molkereien wälzen diese die Marktrisiken auf die Erzeuger ab. Die Erzeuger sind dagegen in der inhärent schlechteren Informationsposition bezüglich wichtiger Marktinformationen zur Mengenplanung. Mit der Folge, dass regelmäßig zu hohe Milchmengen auf den Markt kommen, und mit dem Ergebnis, dass es zu großen Preisschwankungen auf dem Rohmilchmarkt kommt.
- Aus ökonomischer Sicht kann die Beziehung zwischen Genossenschaftsmolkereien und Milcherzeugern nach dem Prinzipal-Agent-Problem verstanden werden: (Genossenschaftliche) Molkereien, die »Agenten«, verfolgen eigene Interessen und handeln nicht im Sinne der Genossenschaftsmitglieder, den »Prinzipalen«. Gleichzeitig verfolgen auch die Erzeuger unterschiedliche Interessen, die nur durch eine für alle Akteure gültige Regulierung zum Wohle aller miteinander vereinbart werden können.



Im Gegensatz zu den Strukturen, in die die konventionellen Milchviehbetriebe eingebunden sind, haben die Ökobetriebe einige bedeutende Strukturverbesserungen durchsetzen können:

- Das Preisniveau ist nicht mehr angehängt an die konventionellen Verhältnisse («Aufpreismodell»), sondern entsteht eigenständig. Dadurch hat sich das Preisniveau verbessert und stabilisiert.
- Ausgelöst durch die starke Zunahme der Umstellung auf die ökologische Wirtschaftsweise nach dem Preissturz für konventionelle Milch 2015 und 2016 haben mehrere Biomolkereien ein eigenes »Marktsteuerungsmodell« entwickelt. Durch Kontrolle bei der Neuaufnahme von Betrieben (Warteliste) und der Mengenentwicklung gelang es, ein über mehrere Jahre stabiles Niveau für die Milchauszahlungspreise von knapp 50 Cent pro Kilogramm sicherzustellen.

**Biomilch:  
stabil hohes Preisniveau**

Ein großer Erfolg, ohne Frage. Das ABER dazu aber lautet: Zwar sind die Milchauszahlungspreise für Biomilch mehr als rund 15 Cent höher wie bei konventioneller, da aber die Milcherzeugungskosten ebenfalls deutlich höher und die Zahl der Milchkühe sowie die Milchmenge je Hektar Futterfläche deutlich niedriger sind, ist das Einkommen je Arbeitskraft nur wenig besser. Man darf auch sagen: Das Einkommen ist ähnlich schlecht und von einer »fairen« Entlohnung weit entfernt.

Angesichts der anhaltend unzureichenden Milchauszahlungspreise, konventionell wie bio, gibt es zahlreiche Initiativen, durch Marktdifferenzierung (z. B. »Weidemilch« oder »Heumilch«) die Auszahlungspreise verbessert zu bekommen. Tatsächlich sind diese neuen Produkte gut bei Verbrauchern (und in den Regalen) angekommen. Die erhofften Aufpreise bewegen sich aber allerorten auf durchaus niedrigem Niveau. Wenn das allgemeine Auszahlungsniveau sehr niedrig ist, hilft »Marktdifferenzierung« auch nicht viel.

#### *Mastschweine*

Seit dem ersten Auftreten der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Osteuropa und in Asien geht bei den Schweinehaltern in Deutschland »ein Gespenst um«. Das Auftreten von ASP bei Wildschweinen in Belgien ließ die Besorgnis noch mal ansteigen, und die Amtsveterinäre sowie die Tierkörperbeseitigungsanstalten prüften ihre Technik und Arbeitsabläufe, um bei einem tatsächlichen Auftreten von ASP die Massentötung von Schweinen durchführen zu können. Als Zwischenstand kann festgehalten werden: ASP hat sich bei Hausschweinen inzwischen stark in Rumänien und in Bulgarien ausgebreitet. Bei Wildschweinen ist es das gleiche Bild: »Durchseuchung« in Polen, in Deutschland dagegen gab es noch keinen ASP-Fall. Da in China die Durchseuchung der Schweinebestände dazu geführt hat, dass ein Drittel (!) der Tiere getötet wurde, ergaben sich ungeahnte Absatzmöglichkeiten für die Schlachthöfe zu bislang für kaum vorstellbar gehaltenen hohen Preisen. Im Sommer 2019 stiegen die Auszahlungspreise auf 1,85 Euro pro Kilogramm Schlachtgewicht. Selbst zwei Euro wurden für möglich gehalten!<sup>20</sup>

**Ein Gespenst geht um: Afrikanische Schweinepest**

Zu diesem »Höhenflug« trugen weiterhin bei:

- eine Abnahme der Zahl an Schweinen und der Zahl der Schlachtungen (minus 4,2 Prozent; jeweils erste Jahreshälfte);
- eine ebenfalls angestiegene Nachfrage nach Schweinefleisch in Ländern wie Japan, Indonesien und Vietnam;
- der Handelskrieg, den die USA mit China führen, und der sich stark auf die Schweinefleischexporte und die Futtermittelexporte der USA auswirkt.

**»Höhenflug« bei den Schlachtpreisen für Schweine**

Da die Importe nach China aufgrund von spezifischen Nachfrageinteressen auch bedeuten, dass die ansonsten schwer zu vermarktenden Teile der Schlachtkörper (Schweineohren, Pfötchen, Innereien, Speck) gut zu verkaufen sind, hat die Vermarktung der Schlachtschweine 2019 (bis einschließlich September) ein ungewöhnlich hohes Niveau erreicht, das auch gehalten werden konnte. Das letzte Mal gab es Preise um und über zwei Euro im Jahr 2001!

Nach einem sehr ungünstigen Wirtschaftsjahr 2017/18 dürfte das Jahr 2018/19 für die *Mast-schweinebetriebe* zu vermutlich ungewöhnlich hohen Gewinnen führen. (Was wegen der sehr hohen Güllemengen dieser Betriebe und des Drucks der Düngeverordnung die Pachtpreise weiter anheizen dürfte.) Da die Preise für Ferkel der Preisentwicklung für Schweinefleisch zu folgen pflegen, dürfte sich auch die wirtschaftliche Lage der Betriebe mit *Zuchtsauen* deutlich gegenüber den Vorjahren verbessern. Allerdings kommt dieses »Hoch« für viele Ferkelerzeugerbetriebe deutlich zu spät, da sie die Sauenhaltung inzwischen wegen Perspektivlosigkeit aufgegeben haben.

### **Damoklesschwert Afrikanische Schweinepest**

Das »Damoklesschwert« ASP bedroht aber weiter alle Betriebe mit Schweinehaltung. Bei einem Auftreten auch nur bei einem Wild- oder Hausschwein, würde der Drittlandsexport von Schweinefleisch sehr wahrscheinlich komplett zusammenbrechen!

#### **Anmerkungen**

- 1 DESTATIS: Arbeitskräfte und Berufsausbildung der Betriebsleiter 2016. Fachserie 3, Reihe 2.1.8, 20. Juli 2017. – Die Summenwerte in Tab. 1 und 2 wurden gegenüber den offenbar fehlerhaften Angaben von DESTATIS vom Verf. minimal korrigiert und gerundet.
- 2 Meiner Kenntnis nach sind darin nicht die Arbeitskräfte bei den Lohnunternehmern enthalten.
- 3 Information aus Proplanta, Agrar-Nachrichten vom 2. September 2019.
- 4 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe des Wirtschaftsjahres 2017/2018. Berlin 2019.
- 5 A. Jacobs et al.: Landwirtschaftlich genutzte Böden in Deutschland – Ergebnisse der Bodenzustandserhebung. Thünen Report 64. Braunschweig 2018.
- 6 Diese Foren verbinden sich unter anderem mit den Namen Sepp Braun (Bodenfruchtbarkeitsfonds), Wolfgang Reich und Friedrich Wenz (HUMUSfarming.de).
- 7 Zur Problematik von Mikroplastik in Böden siehe auch den Beitrag von Andrea Beste in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 236–240).
- 8 Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben 37 (2019), S. 15.
- 9 Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Für eine gemeinwohlorientierte Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020. Stellungnahme. Berlin 2018.
- 10 BMEL: Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe des Wirtschaftsjahres 2017/2018. Berlin 2019.
- 11 Basis der Zahlenangaben ist – wenn nicht anders vermerkt – die Zählung der Viehbestände im Mai 2019. Veröffentlicht durch Statistisches Bundesamt/DESTATIS: Tierbestand. Mai 2019, Fachserie 3, Reihe 4.1. Angaben zu Veränderungen beziehen sich auf die Viehzählung November 2018.
- 12 [www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Tiere-Tierische-Erzeugung/Tabellen/oekologischer-landbau-viehbestand.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Tiere-Tierische-Erzeugung/Tabellen/oekologischer-landbau-viehbestand.html).
- 13 »Pestizide schädigen Bauern«. Meldung in der Frankfurter Rundschau vom 23. Juli 2019, S. 14.
- 14 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL): Absatz an Pflanzenschutzmitteln in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Meldungen gem. § 64 des Pflanzenschutzgesetzes für das Jahr 2017. Berlin 2018, S. 11 f.
- 15 Persönliche Mitteilung des BMEL (Referat 723) nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zum »Inlandsabsatz von Handelsdünger« vom 5. November 2019.
- 16 BMEL: Statistische Monatsberichte 8/2019, S. 725 f.
- 17 Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaft (BAL): Wie lange noch? In: BDM aktuell, 7+8/2019.
- 18 C. Schnakenburg: Der Lack ist ab. In: Elite Heft 3 (2019).
- 19 R. P. Lademann et al.: Preisbildungsproblem im Rohmilcherfassungsmarkt. Wettbewerbsökonomische Analyse der Auswirkungen der gegenwärtigen Bildung des Milchauszahlungspreises. Hrsg. von Lademann und Associates GmbH. Hamburg, 5. April 2019.
- 20 »Bald 2 € pro kg Schweinefleisch?« Meldung im Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben Heft 37 (2019), S. 16 f.



**Prof. Dr. Onno Poppinga**

Hochzeitstr. 5  
34376 Immenhausen-Holzhausen  
rondoppo@t-online.de

## Die nächste »Hähnchenblase«

Anzeichen für eine neue Überproduktionskrise  
der agrarindustriellen Hähnchenmast

von Eckehard Niemann

Die weltweite Erzeugung von Hühnerfleisch ist seit 2010 von 78 Millionen Tonnen Schlachtgewicht auf 99,5 Millionen Tonnen gestiegen, für 2020 rechnet die US-Behörde USDA mit 103,5 Millionen Tonnen. Die Geflügelproduktion wird dominiert von multinationalen Fleisch- und zumeist auch Futterkonzernen.

### Weltmarkt: expandierende Konzerne

Nach der Übernahme anderer großer Geflügelkonzerne rangieren nun folgende Multis<sup>1</sup> an der Spitze: JBS (Brasilien), Tyson (USA), BRF (Brasilien), New Hope Liuhe (China), Wen's Food (China), CP Group (Thailand), Perdue Farms (USA), Koch Foods (USA), Industrias Bachoco (Mexiko), Sanderson Farms (USA). Neben weiteren Konzernen aus den jeweiligen Ländern gehören auch noch Konzerne aus den EU-Drittländern Russland, Indien, Türkei, Argentinien, Südafrika, Japan, Ukraine und Chile zu den größten Produzenten. In allen diesen Ländern steigen Erzeugung und Exporte weiter an.

Die größten Exporteure sind die USA, Brasilien und die Niederlande, die größten Importeure sind aktuell China (wo wegen der Schweinepest die Schweineproduktion zusammenbricht), Japan, Saudi-Arabien und Mexiko. Die am wenigsten entwickelten Länder werden zunehmend abhängig von Geflügelimporten – so die FAO in einem aktuellen Report.<sup>2</sup>

### EU: Verdrängungskämpfe der Konzerne

Die EU ist nach USA, Brasilien und China die viertgrößte Produktionsregion der Welt. Die Broilerproduktion in der EU ist seit 2013 von 10,4 Millionen auf aktuell etwa 13 Millionen Tonnen angewachsen – der EU-Selbstversorgungsgrad von 110 auf 125 Prozent. Das liegt daran, dass in der EU der Verbrauch (in Kilogramm pro Kopf) in der gleichen Zeit nur von 17,2 auf 19,7 Kilogramm gestiegen ist.<sup>3</sup>

WattAgNet listet in *The World's Leading Feed Producers (2018)*<sup>4</sup> folgendes Ranking der EU-Broilerkonzerne auf: LDC (Frankreich), Plukon (Niederlande, Marke »Friki«), Veronesi (Italien), PHW (Deutschland, Marke »Wiesenhof«), AIA (Italien), 2 Sisters (Vereinigtes Königreich), Moy Park (Vereinigtes Königreich), Amadori (Italien) und Rothkötter (Deutschland, Marke »Emsland Frischgeflügel«) – auf einem der nachfolgenden Plätze auch noch Sprehe (Deutschland, Marke »Astenhof«) als einem der vier marktbeherrschenden Unternehmen für Hähnchenmast in Deutschland. Der Umsatz dieser Konzerne macht knapp die Hälfte der EU-Marktanteile aus, nachdem in den letzten Jahren Großkonzerne wie Doux (Frankreich) oder Stolle (Deutschland) in Schwierigkeiten gerieten und von ihren Konkurrenten übernommen wurden. Laut *Lebensmittel Zeitung* gehört dem Leitungskonsortium des Geflügelkonzerns Plukon seit 2015 neben den Futtermittelkonzernen Agrifirm und DeHeus sowie dem Finanzinvestor GuildBuyOut auch die EW-Group an, ein multinationaler Legehennenzuchtkonzern, der der Familie Erich Wesjohann (dem Bruder der PHW-Eignerfamilie Paul-Heinz Wesjohann) gehört.

**EU:  
Selbstversorgungsgrad  
auf 125 Prozent  
gestiegen**

**Massive Steigerungen  
in Polen**

Die Haupterzeugungsländer in der EU sind Polen, Großbritannien, Deutschland, Spanien, Frankreich, die Niederlande und Italien. Gerade die polnische Geflügelindustrie kann ihre Produktion und ihre Exporte massiv steigern, vor allem wegen ihrer (noch) geringeren Auflagen und Verarbeitungskosten gegenüber anderen EU-Ländern. Große Geflügelkonzerne wie Wipasz, Cedrob oder Indykpol gehören noch polnischen Eignern, aber andere große Unternehmen sind von Plukon, LDC, PHW, 2 Sisters oder dem thailändischen Charoen-Konzern übernommen worden, zuletzt die Firma Konspol durch den US-Agrarkonzern Cargill. Wie in anderen EU-Ländern gibt es seit einigen Jahren auch in Polen zunehmenden Widerstand in der Bevölkerung gegen den Bau weiterer großer Mastanlagen.

**Deutschland: agrarindustrieller Strukturwandel**

Der deutsche Hähnchenmarkt, beherrscht von den konkurrierenden Konzernen PHW, Plukon, Rothkötter und Sprehe, war 2011 durch eine massive Überproduktion bedroht, als nach Rothkötter auch noch Plukon mit zusätzlicher Produktion in den Markt drängte.<sup>5</sup> Dass es damals zu dieser ruinösen Überproduktion und zu einem weiteren Erzeugerpreisverfall nicht kam, liegt unter anderem an dem massiven Widerstand von 300 Bürgerinitiativen und Verbänden des Netzwerks »Bauernhöfe statt Agrarfabriken«, durch den mehrere Hundert Mastställe verhindert wurden, unter anderem auch neue Ställe für den Rothkötter-Großschlachthof in Wietze bei Celle. Hinzu kamen Konkurse konkurrierender Schlachtkonzerne wie Doux.

**Hähnchenproduktion:  
Expansion auch in  
Deutschland**

In den Folgejahren stieg die Hähnchenproduktion auch in Deutschland massiv an: Die Mastgeflügelbestände wuchsen von 75 Millionen Tieren im Jahr 2010 auf 94 Millionen im Jahr 2016 (die Gesamtzahl der jährlich erzeugten Masthühner ergibt sich durch Multiplikation mit den sieben bis acht Stalldurchgängen pro Jahr). Die Geflügelschlachtungen wuchsen von 2010 bis 2018 von 800.000 Tonnen auf 1.010.000 Tonnen, unter anderem auch wegen erhöhter Schlachtgewichte. Grund für diese Expansion und die in diesen Jahren gute Rentabilität waren neben dem steigenden Verbrauch vor allem niedrige Preise für Futter, das 60 bis 70 Prozent der Mastkosten ausmacht.<sup>6</sup>

**Trotz guter Gewinne:  
Strukturwandel  
geht weiter**

Trotz der guten Gewinnlage der meisten Mäster in dieser Zeit setzte sich der Strukturwandel weiter fort: Die Zahl der Mäster sank von 2010 bis 2016 weiter um 25 Prozent, während sich die Zahl der Masthühner in Betrieben mit mehreren 40.000er-Ställen konzentrierte. Im Jahr 2016 (dem letzten Termin der Agrarzählung) sah die Struktur so aus: In Betrieben mit bis zu 10.000 Tierplätzen (60 Prozent der Mastbetriebe) wird etwa ein Prozent der Masthühner gehalten, in Betrieben mit 10.000 bis 50.000 Tierplätzen (20 Prozent der Betriebe) 20 Prozent der Masthühner und in Betrieben mit mehr als 50.000 Masthühnern (20 Prozent der Betriebe) 79 Prozent der Masthühner.<sup>7</sup> Dieser Strukturwandel erklärt sich teilweise dadurch, dass etliche Mäster bei ihren neueren Stallbauten hohe Kredite aufnehmen mussten, deren Kapitaldienst sie später nicht mehr bedienen konnten.

EU-Drittlandsimporte machen etwa acht Prozent des Geflügelfleischs aus und gefährden den Absatz der hiesigen Mastkonzerne kaum, handelt es sich doch im Wesentlichen um gefrorene, vorverarbeitete oder gesalzene Billigware für Fertiggerichte. Im Gegensatz dazu erzeugen die hiesigen Konzerne vor allem Frischware.

Mit Ausnahme dieser acht Prozent Importware ist der EU-Hähnchenmarkt ausreichend gegen Hähnchenfleischimporte aus EU-Drittländern geschützt: durch Zölle und durch qualitative Schranken (z. B. immerhin gegen Chlorhähnchen oder Hormonware). Allerdings gibt es begrenzte Einfuhrkontingente für einige Länder. Importe stammen vor allem aus Thailand und Brasilien (je 27 Prozent), der Ukraine (15 Prozent) und Chile (fünf Prozent). Sehr umfangreich sind allerdings Ex- und Importe innerhalb der EU.

Allerdings exportieren die EU-Geflügelkonzerne auch in beträchtlichem Umfang in EU-Drittländer. Und auf diesem Weltmarkt konkurriert man mit Konzernen aus Ländern wie USA und Brasilien mit erheblich niedrigeren Produktionskosten. Die EU exportiert vor allem geringwertigere Teilstücke, aktuell hauptsächlich – zu Lasten der dortigen Mäster – in folgende Länder: Philippinen, Ghana, Ukraine, Südafrika, Hongkong, Vietnam, Benin, Kongo, Saudi-Arabien oder Gabun.

Nach den Jahren mit – für die meisten deutschen Mäster – guter oder ausreichender Rendite gerät die Branche derzeit in eine neue Krise: Das liegt sowohl an den gestiegenen Futtermittelpreisen infolge der Dürrejahre als auch an der Tatsache, dass die Masthühnerproduktion kostenbedingt innerhalb der EU ostwärts wandert. Vor allem Polen steigert seine Erzeugung und auch seine Exporte drastisch (vor allem noch in die Niederlande und Großbritannien), wobei die dadurch verursachte Überproduktion die von den Fleischkonzernen ausgezahlten Erzeugerpreise deutlich drückt. Der Lebensmitteleinzelhandel nutzt dieses Überangebot, indem er immer neue Billigware anbietet.

**Branche gerät  
in neue Krise**

Die Geflügelkonzerne in der EU und auch in Deutschland produzieren im gegenseitigen Konkurrenz- und Verdrängungskampf weiter Übermengen. Dies führt gerade zu einer Tafelfahrt der Deckungsbeiträge und Gewinne der Hähnchenmäster, die durch steigende Baukosten und Genehmigungsvorgaben für neue Ställe in Deutschland und Holland weiter sinken dürften – eventuell auch durch einen Brexit oder durch ein Mercosur-Freihandelsabkommen.

### **Klasse statt Masse!**

Allerdings ist das Mengenwachstum in Deutschland im Jahre 2019 mit 0,8 Prozent deutlich niedriger als das in der EU mit prognostizierten 2,3 Prozent. Das liegt daran, dass in Deutschland bereits in 80 Prozent der Ställe die (schwache) EU- bzw. Label-Tierwohlregelung gilt, wonach zumindest zehn Prozent weniger Tiere pro Stall zu halten sind. Aber selbst diese Zuwachsmenge scheint oberhalb der aktuell wohl stagnierenden Verbrauchsmenge zu liegen. Inwiefern der derzeit – wegen der Schweinepest in China – massiv gestiegene Preis des konkurrierenden Schweinefleisches daran etwas ändert, ist unklar.

Ebenso unklar ist, welche Auswirkungen auf den Verbrauch die anhaltenden Berichte über die Hähnchenmast haben: über die einseitige Qualzucht, über Haltungsbedingungen mit 18 Tieren pro Quadratmeter, über Fußballentzündungen, über den anhaltend hohen Einsatz von Antibiotika (insbesondere Reserveantibiotika), über die Auswirkungen großer Megaanlagen auf Anwohnergesundheit, Umwelt und Natur – oder aber durch Berichte über eine artgerechtere und bäuerliche Hähnchenmast in überschaubaren Kleingruppen und Mobilställen mit Auslauf.

**Wie reagieren  
die Verbraucher?**

Angesagt ist eine gesellschaftliche Vereinbarung darüber, welche Tierhaltung wir EU-weit (oder zunächst in den EU-Haupterzeugungsländern) anstreben und rechtlich absichern – mit klaren Zieljahresangaben und teilweiser Finanzierung der Umbauschritte. Dieses »Klasse statt Masse« wird auch den Erzeugerpreisen einen Anstieg ermöglichen, der deutlich über den zusätzlichen Kosten liegt.

### **Anmerkungen**

- 1 WATT (Ed.): Poultry trends 2018, p. 58 ([www.poultry-trends.com/201811/index.php#/1](http://www.poultry-trends.com/201811/index.php#/1)).
- 2 FAO: Gateway to poultry production and products ([www.fao.org/poultry-production-products/en/](http://www.fao.org/poultry-production-products/en/)).
- 3 AVEC: Annual report 2019. Brussels 2019 ([www.avec-poultry.eu/wp-content/uploads/2019/10/05494-AVEC-annual-report-2019.pdf](http://www.avec-poultry.eu/wp-content/uploads/2019/10/05494-AVEC-annual-report-2019.pdf)).
- 4 [www.poultryinternational-digital.com/201810/index.php?startid=28#/34](http://www.poultryinternational-digital.com/201810/index.php?startid=28#/34).
- 5 Vgl. E. Niemann: Die »Hähnchenblase«. Über die Krise der Geflügel-Agrarindustrie und eine erstarkende Bürgerbewegung. In: Der kritische Agrarbericht 2012, S. 122–125.
- 6 Zahlen nach Thünen-Institut: Steckbrief zur Tierhaltung in Deutschland – Mastgeflügel. Braunschweig

2019 ([www.thuenen.de/media/ti-themenfelder/Nutztierhaltung\\_und\\_Aquakultur/Haltungsverfahren\\_in\\_Deutschland/Mastgefluegel/Steckbrief\\_Mastgefluegel\\_2018.pdf](http://www.thuenen.de/media/ti-themenfelder/Nutztierhaltung_und_Aquakultur/Haltungsverfahren_in_Deutschland/Mastgefluegel/Steckbrief_Mastgefluegel_2018.pdf)).

7 Quelle: Ebd.



**Eckehard Niemann**

Diplom-Agraringenieur und  
Herausgeber des Newsletters  
»Agrar-Hinweise«

Varendorfer Str. 24,  
29553 Bienenbüttel  
[eckehard.niemann@freenet.de](mailto:eckehard.niemann@freenet.de)